Kommunen in MV wehren sich gegen Überwachung des Cannabisgesetzes

Kommunen in MV kritisieren die Übergabe von Cannabis-Kontrollen an lokale Ordnungsbehörden und fordern mehr Unterstützung vom Land.

Die Diskussion um das Konsumcannabisgesetz in Mecklenburg-Vorpommern wirft zunehmend Fragen zur Verantwortung und den realen Auswirkungen auf die Kommunen auf. Während die Gesetzgebung auf der Bundesebene als Schritt zur Legalisierung von Cannabis betrachtet wird, stehen die kommunalen Verwaltungen vor der Herausforderung, wie sie die neue Regelung tatsächlich umsetzen sollen, ohne über die nötigen Ressourcen zu verfügen.

Übertragung von Aufgaben an die Kommunen

Die städtischen und ländlichen Gemeinden, vertreten durch den Vorsitzenden des Städte- und Gemeindetags Thomas Beyer (SPD), äußern deutliche Bedenken. Sie kritisieren die Entscheidung der Landesregierung, die Verantwortung für die Überwachung von Ordnungswidrigkeiten bezüglich Cannabis an die örtlichen Behörden abzutreten. „Die Legalisierung darf nicht dazu führen, dass wir als Bürgermeister die Fehler eines unzureichend konzipierten Gesetzes ausbaden müssen“, so Beyer. Diese Ängste sind nicht unbegründet, da die Kommunen oft nicht über das notwendige Fachwissen oder die finanzielle Ausstattung verfügen, um diese zusätzlichen Aufgaben effektiv zu bewältigen.

Reaktionen der Regierung

In einer gemeinsamen Erklärung bemühten sich das Umwelt- und das Innenministerium, die Bedenken zu zerstreuen. Sie verwiesen darauf, dass die vorliegende Landesverordnung mit verschiedenen Ordnungswidrigkeiten-Tatbeständen arbeitet und dass bereits geschulte Mitarbeiter im Außendienst vorhanden seien. Gleichzeitig wurde der Prozess der Evaluierung des Konsumcannabisgesetzes angekündigt, was darauf hindeutet, dass eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Gesetze in Anbetracht von Erfahrungen vor Ort erfolgen soll.

Finanzielle Herausforderungen und gesellschaftliche Auswirkungen

Besorgnis bereitet den Kommunen das Fehlen einer klaren finanziellen Unterstützung durch die Landesregierung. Beyer betont, dass zusätzliche Kontrollen auch zusätzliche Ressourcen erfordern. „Wenn das Land uns nicht begleitet, dann handeln sie nicht ehrlich“, sagte Beyer und verwies auf die Realität der kommunalen Haushalte, die ohne Unterstützung nicht mit neuen Aufgaben belastet werden können.

Auswirkungen des Gesetzes auf die Bürger

Zudem bleibt die Frage im Raum, wie die Bürger dieses neue Gesetz aufnehmen werden. Während die Befürworter von einer Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Prävention hoffen, warnen Kritiker vor einem möglichen Anstieg des Drogenmissbrauchs. Die Akzeptanz der Gesetzgebung könnte stark von der Umsetzung in den Kommunen abhängen, was gleichzeitig die Wahrnehmung der Bürger hinsichtlich des Vertrauens in ihre Behörden beeinflussen könnte.

Insgesamt zeigt die Situation in Mecklenburg-Vorpommern, wie wichtig eine praxisnahe und gemeinsam tragbare Lösung bei neuen Gesetzgebungen ist. Während das

Konsumcannabisgesetz in Kraft treten soll, steht noch viel Arbeit an, um die städtischen und ländlichen Verwaltungen auf die bevorstehenden Herausforderungen vorzubereiten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de